

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger
an. — Erscheinungstag: Freitag.
Preis: 10 Pfennige. — Erscheint wöchentlich.
Verantwortl. Redakteur: Dr. 53.

Verantwortl. Redakteur: Dr. 53.
Verlegungen nehmen die Anzeiger
an. — Erscheinungstag: Freitag.
Preis: 10 Pfennige. — Erscheint wöchentlich.
Verantwortl. Redakteur: Dr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 204

Freitag, den 31. August 1928

23. Jahrgang

Die heutige Nummer

enthält u. a. folgende Beiträge:

- Der Kampf um die Ausfuhr.
- Wie steht's um das Rentnergesetz.
- Schutzgruppen des Pflanzenreichs.
- Goethes Egoismus.
- Aufgaben im Straßenbau.

Der Kampf um die Ausfuhr.

Seit Jahren geht der Kampf in Deutschland darum, ob der Binnenmarkt und seine Stärkung von der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber einer folgerichtiger und systematischer zu verfolgenden Ausfuhrpolitik bevorzugt werden soll. Die Vertreter der Binnenmarktheorie behaupten, daß die Ausfuhr für Deutschland gar nicht so wichtig sei, während die Vertreter der Förderung nach einer Ausfuhrpolitik behaupten, daß die Wüterzeugung in Deutschland viel zu groß ist, um vom Binnenmarkt aufgenommen werden zu können.

Zu beiden Anschauungen steht ein körniges Wahrheit. Und zwar insofern, als wir sowohl dafür sorgen müssen, daß die Kaufkraft des deutschen Publikums so weit wie möglich gestärkt wird, während wir auch andererseits auf eine möglichst große Ausfuhr bedacht sein müssen. In dieser doppelten Zielsetzung unserer Wirtschaftspolitik und Handelspolitik liegt ja gerade die Schwierigkeit.

Wenn in den letzten Monaten dauernd geschrieben worden ist, daß die Konjunktur auf dem Binnenmarkt eine rückläufige Tendenz aufweist, so leuchtet ohne weiteres ein, daß in verstärktem Maße der Anreiz gegeben ist, Ausfuhrmöglichkeiten für die deutschen Waren zu suchen. Dabei soll ganz davon abgesehen werden, daß unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, und zwar sowohl die staatsrechtlichen als auch die privatrechtlichen, nur mit Waren abgegolten werden können, die das Ausland von uns kauft. Eine andere Möglichkeit, unsere Schulden abzutragen, gibt es nicht. Hier liegt also der erste Zwang zur Ausfuhr.

Quintus kommt ein Zwieselt. Die deutsche Volkswirtschaft hat sich in den letzten vier Jahrzehnten immer mehr von einem reinen Agrarstaat zu einem Industriestaat — allerdings mit starkem landwirtschaftlichen Einschlag — entwickelt. Der Grund dafür liegt in der Bevölkerungszunahme während dieser Jahrzehnte. Die vergrößerte Bevölkerung brauchte Arbeitsmöglichkeiten, die ihr die Landwirtschaft nicht bieten konnte. So entstanden eine Reihe von Industriezweigen, deren handwerkliche Industriezweige dehnten sich aus, deren Kapital nur dadurch vergrößert werden konnte, daß in Deutschland fabrizierte Waren ausgeführt wurden; ebenso war nur auf diese Weise die Arbeiterzahl dieser Industriezweige zu ernähren und zu kleiden und zu bezaubern. Das also ist der zweite Zwang zur Ausfuhr.

Und dann der dritte Zwang. Wir müssen nach Deutschland eine ganze Reihe von industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten einführen, die wir im Inland nicht besitzen. Diese Rohstoffe werden einmal benötigt, um daraus Waren herzustellen, die im Inland verbraucht werden; und weiter werden diese Rohstoffe eingeführt, um daraus Waren herzustellen, die wieder ausgeführt werden, d. h. auf diesem Wege wird deutsche Arbeitskraft an das Ausland verkauft.

Und ein weiterer Zwang zur Ausfuhr besteht dadurch, daß wir diejenigen Lebensmittel bezahlen müssen, die wir vom Ausland einführen, weil unsere Landwirtschaft sie entweder nicht in genügender Menge und in ausreichender Qualität erzeugen kann, oder aber weil diese Lebensmittel bei uns überhaupt nicht wachsen.

Wenn man sich so darüber klar ist, daß wir also aus den verschiedensten Gründen dem Zwang zur Ausfuhr überhaupt nicht entkommen können, so wird man der Meinung derjenigen, die von der Ausfuhr nichts wissen wollen, und nur immer von einer Stärkung des Binnenmarktes reden, mit berechtigtem Zweifel gegenüberstehen. Deshalb war es eine wirtschaftspolitische und handelspolitische grundsätzliche Verleugnung der Struktur unserer Volkswirtschaft, wenn eines Tages der bekannte deutschnationale Abgeordnete Dr. Hugenberg mit dem Plan austrat: man solle einfach die Einfuhr, soweit sie nicht unbedingt nötig ist, verbieten und sich auf den Binnenmarkt beschränken. Wenn man also das Geld, das Deutschland jährlich für eingeführte Waren z. B. ausgibt, sparen wollte, so verbietet man eben die Einfuhr von Waren. West man aber weiter, so muß man folgern, daß dann Italien und Spanien ebenfalls die Einfuhr deutscher Waren verbieten. So würde es uns bei vielen Ländern gehen, die ihre Produkte gegen unsere eintauschen. Auf diese Weise wäre ein weltwirtschaftlicher Verkehr einfach unmöglich. Und wir ständen eines Tages vor dem Problem, wie wir die Millionen von Arbeitern ernähren sollten, die heute ihre Entlohnung in den Ausfuhrindustrien finden.

Diese einfache Ueberlegung scheint nun die deutschnationale Volkspartei vergessen zu haben. Denn sonst wäre es nicht möglich, daß die Reichstagsfraktion dieser Partei in einem im Reichstag eingebrachten Antrag verlangt, daß in Zukunft von Deutschland die allgemeine Weltbegünstigung nicht mehr gewährt werden soll. Auf dieser allgemeinen Weltbegünstigung aber beruht das ganze Handelsvertragsystem in Europa und zum Teil auch in der übrigen Welt. Ein System, mit dem wir immerhin erreicht haben, daß unsere Ausfuhr in den Jahren 1924 bis 1927 um 40 Prozent gestiegen ist. Wendet man das Rezept der Deutschnationalen an, so begeben wir uns in eine handelspolitische Vereinsamung, die vor allem uns großen wirtschaftlichen Schaden zufügen würde. Es ist deshalb verständlich, daß die gesamte deutsche Industrie das deutschnationale Rezept ablehnt, weil sie sich von einer Verfolgung der ständigen handelspolitischen Weltbegünstigung mehr verpricht.

Die Plaudereien an Pariser Kaminen

Das Geheimnis von Paris

Einige Blätter haben bereits am Mittwoch das „Geheimnis von Paris“ entschleiern zu können geglaubt, haben festgestellt, daß Poincaré zu Räumungsverhandlungen bereit sei und daß die zweite Zone sehr bald entschieden werden würde. Es sind in den Artikeln allerlei Erfolge Stresemanns verzeichnet, die man ihm und Deutschland sehr wohl wünschen möchte, die aber ernsthaft und zuverlässig noch nicht feststellbar sind. Denn die äußerste Zurückhaltung, die über die Pariser Besprechungen des Reichsministers Dr. Stresemann mit Briand und Poincaré bisher geübt wurde, wird auch nach der gestrigen Zusammenkunft von Staatssekretär Dr. v. Schuberth mit dem Reichsaußenminister in Baden-Baden weiter beobachtet. Auch an Berliner amtlicher Stelle liegt über die Unterredungen bisher nur ein ganz kurzer Tatsachenbericht vor. Doch trifft im Laufe des Donnerstag ein Beauftragter des Reichsaußenministers in Berlin ein, der dem Kanzler einen vorläufigen Bericht über die Stresemannschen Unterredungen erstatten wird. Der Kanzler selbst wird dann noch in Baden-Baden, wo er am Sonntag, dem 2. September auf der Reise nach Genf Station macht, sich von Dr. Stresemann über die Pariser Verhandlungen berichten lassen und mit dem Reichsaußenminister die in Genf zur Erörterung gelangenden Fragen besprechen.

Man muß sich also vorläufig darauf beschränken, die wirklichen Tatsachen der Pariser Tage Stresemanns, die ausgiebige Unterhaltung mit Poincaré und Briand, die ja kürzer ausgefallen sein würde, wenn die Staatsmänner sich nicht Vieles und Wesentliches zu sagen gehabt hätten, als günstige Zeichen zu bewerten. Im übrigen sollte man vorläufig noch mit der Auswertung der Ergebnisse dieser Plaudereien der Staatsmänner in politische Ergebnisse warten; denn es wäre reichlich voreilig und sogar für die öffentliche Stimmung nicht ungefährlich, Feststellungen zu machen, die sich später als Phantastien entpuppen.

Man muß sich sehr ernst bewußt bleiben, daß die Gesamtlösung des Besatzungsproblems — die Räumung also des gesamten, noch besetzten Rheinlandgebietes — von Frankreich mit zäher Hartnäckigkeit mit dem Gesamtschuldensproblem in Verbindung gesetzt bleibt. Diese Hartnäckigkeit braucht sich nicht — so sehr sie es in der Wirklichkeit tut — gegen Deutsch-

land zu richten. Der Zwed ist vielmehr wohl der, gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Kelloggspakt, der uns ja ebenfalls ein unanfechtbares Unrecht auf die Räumung gibt, das auch von Amerika als dem Pakt-Urheber verfochten werden müßte, eben dieses Amerika zur Nachgiebigkeit in der Kriegsschuldenfrage gegenüber Frankreich zu bewegen.

Trotz dieser Lage wird sich nunmehr in Verfolg des vor einigen Wochen von Deutschland bei den Mächten der Botschafterkonferenz in der Rheinlandfrage unternommenen Schrittes in Genf die Gelegenheit bieten, die Besprechungen mit den Hauptdelegierten der an der Rheinlandbefragung interessierten Mächte fortzusetzen und dabei die Auffassungen dieser Mächte über die Gesamtfrage des Räumungsproblems einer Klärung entgegenzuführen. Weitergehende Verhandlungen sind vorerst nicht zu erwarten. Bisher hatten sich ähnliche Besprechungen nur in Form von Unterhaltungen zwischen einzelnen Staatsmännern abgepflegt, während die bevorstehenden Besprechungen in Genf vielleicht in einem größeren Rahmen und damit zwischen den deutschen Vertretern und den Hauptdelegierten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans vor sich gehen können.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen darf man sich — mögen die Plaudereien zwischen Poincaré, Briand und Stresemann von noch so freundwilligem Geiste getragen gewesen sein — keiner Täuschung hingeben. Sie werden, eben wegen jener französischen Taktik, die durch die Rückendeckung seitens England nur noch an Gewicht gewonnen hat, keinesfalls vor dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten zu greifbaren Ergebnissen führen. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten tritt jedoch sein Amt erst im kommenden Frühjahr an.

Behält man das im Auge, so wird man, wie auch die Berichte aus Paris lauten mögen, das richtige Urteil gewinnen. Man wird dann auch bereits ungefähr erkennen können, welchen Verlauf die Dinge auf der bevorstehenden Genfer Bülverbundversammlung nehmen werden.

So viel allerdings kann man wohl heute schon sagen, daß die Atmosphäre hinter den Kulissen, wo die deutschen Wünsche behandelt werden, günstiger sein wird, als je zuvor.

Friede den Menschen.

Eine Entschlebung des Weltkirchenkongresses.

Der Weltkongress Friede und Freundschaft in Prag durch die Kirchen hat nach vierstägigen Beratungen im internationalen Komitee die mit Spannung erwartete Entschlebung über die Abrüstung mit allen Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Der Antrag forderte, daß alle Staaten, die Mitglieder des Bülverbundes sind, ihre bewaffneten Kräfte gemäß dem Bülverbundpakt (!) einschränken und ein allgemeines Schiedsgericht annehmen. Die Kirchen werden aufgefordert, ihren sittlichen Einfluß zusammen mit dem Bülverbund und den eigenen Regierungen dafür einzusetzen, daß mit aller Beschleunigung die dazu nötigen internationalen Abmachungen getroffen werden. Weiterhin müsse es Aufgabe der Kirchen sein, ihre Kräfte und ihren erzieherischen Einfluß geltend zu machen, damit die Bülker fortan ihre brüderliche Solidarität und ihre Verpflichtung zur zielbewussten Zusammenarbeit bejahen.

Zum ersten Male haben sich so führende Vertreter des kontinentalen und amerikanischen Protestantismus, der englischen Kirchen, der griechisch-orthodoxen und der Missionarischen des Fernen Ostens zu einer gemeinsamen Erklärung über eine aktuelle politische Frage zusammengeschlossen. Die deutsche Abordnung, die 58 Mitglieder umfaßt, ist einmütig für die Annahme dieser Erklärung eingetreten. Die Forderung einer vollständigen Abrüstung, die von holländischer Seite aufgestellt wurde, ist fallen gelassen worden. Die Erklärung beschränkt sich auf die Forderung einer beschränkten Abrüstung, wie sie der Bülverbundpakt vorschreibt.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und des Evangelischen Oberkirchenrates, Präsident Dr. Kapler, hat sich zur Teilnahme an der Sitzung des Exekutiv- und Fortsetzungsausschusses der Stockholmer Weltkirchenkonferenz nach Prag begeben.

Der kommunistische Volksentscheid.

Von kommunistischer Seite ist die Einbringung eines Gesetzes, durch das der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art verboten wird, zum Volksentscheid angekündigt worden.

Ein solcher Antrag muß bei dem Reichsminister des Innern gestellt werden, der die Zulässigkeit prüft und dann, wenn dem Antrag stattgegeben wird, die Veröffentlichung im Reichsanzeiger vornimmt. Zugleich muß dabei der Beginn und das Ende der Eintragungsfrist für das Volksbegehren, das ja dem Volksentscheid vorhergeht, festgesetzt werden, wobei die Frist frühestens zwei Wochen nach der Veröffentlichung der Zulassung beginnen kann. Die Eintragungsfrist soll 14 Tage umfassen. An dem Volksbegehren muß sich, damit die Vorlage an den Reichstag gelangt, ein Zehntel der Stimmberechtigten beteiligen, nämlich rund 4,1 Millionen.

Sobald gelangt der Entwurf an den Reichstag, der ihn ohne Zweifel ablehnt, womit der Weg zum Volksentscheid frei ist.

Um diesen Volksentscheid wirksam werden zu lassen, muß sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen. Da es bei den Reichswahlen rund 41,8 Millionen Stimmberechtigter gab, so müßten mindestens 20,9 Millionen Wähler sich am Volksentscheid beteiligen. Nun erhielten aber die Parteien, die den Bau des Panzerkreuzers ablehnten, bei den letzten Wahlen nur 13,88 Millionen Stimmen, die Kommunisten 3,23, die Sozialdemokraten 9,11 und die Demokraten 1,40. Das ergibt insgesamt 18,88 Millionen Stimmberechtigter, vorausgesetzt, daß alle drei Parteien ihre gesamten Wähler der letzten Reichstagswahl für den Volksentscheid mobil machen könnten. Selbst wenn man annimmt, daß es gelingt, aus anderen Parteien und aus dem Kreis der Nichtwähler Unterstützung zu erhalten, so muß es doch als ganz ausgeschlossen bezeichnet werden, daß etwa die 20,9 Millionen erreicht werden. Damit aber ist der Volksentscheid abgelehnt, die Arbeit war umsonst, der Aufwand nutzlos veran.

Natürlich ist man sich auch im kommunistischen Lager über die Aussichtslosigkeit dieser Aktion nicht im Unklaren. Ganz offenbar kommt es den Kommunisten auch gar nicht darauf an, irgendwelche Rüstungen zu verhindern, denn dann müßte ja der vorgeschlagene Gesetzesentwurf nicht nur dem Bau von Panzerkreuzern, sondern auch von Torpedobooten und ähnlichen Schiffen verbieten. Durchaus mit Recht sagt darum